

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/49. Jahrgang

Mai 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

Stoppt die Kriege! ABRÜSTEN statt AUFRÜSTEN!

Alle Zeichen stehen auf Krieg. Die Militärausgaben sollen verdoppelt werden und auf 2% des Bruttoinlandsprodukts steigen. Die Kriegsrhetorik nimmt zu; das Feindbild Russland wird von allen Kanälen beschworen. Aber nicht Russland ist an die NATO herangerückt, sondern die NATO an Russland.

Gleichzeitig zettelt Trump einen Handelskrieg mit China an. Die Kriegstreiber müssen gestoppt werden! „Abrüsten statt Aufrüsten“ ist eine Unterschriftenkampagne der Friedensbewegung. Unterschreiben ist gut, darüber diskutieren noch besser, mit Freunden, Kollegen, Nachbarn...

www.abruesten.jetzt



Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um deutlich zu machen: Wir wollen eure Kriege nicht!

Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um Sozialabbau abzuwehren und für unsere Interessen zu kämpfen.

Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um über die Ursachen dieser Zustände zu diskutieren und zum Kapitalismus alternative Gesellschaftsmodelle zu entwickeln.

Wir, die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei, sagen: Wer von der Krise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Wer grundsätzlich etwas ändern will, muss den Kapitalismus in Frage stellen.

Inhalt:

Weniger Kriminalität - mehr Polizei S.2
'Strabs' in Bayern + Hessen/Alte Post S.3
Erlebte Rhönklink AG/Nur Kampf hilft S.4
Karl Marx 200/Kapitalisten-Verbrecher S.5
Geschichte der DKP Gießen (Teil 2) S.6
68er Bewegung/Kuba/Vernissage S.7
Termine/DKP zu Überfall auf Syrien S.8



Die Zukunft der Tafeln ist gesichert

In diesem Jahr feiern die Tafeln ihr 25jähriges Bestehen. Die ersten wurden 1993 gegründet. Nach dem Anschluss der DDR und dem damit verbundenen Wegfall der Systemkonkurrenz waren Sozialabbau und zunehmende Armut absehbar.

Die Gießener Tafel wurde 2005 gegründet, nach der Einführung der Armutsfalle Hartz IV war es dafür höchste Zeit. Derzeit werden hier knapp 3000 Menschen – man nennt sie verschämt „Kunden“ – von der Tafel betreut, darunter knapp 800 Kinder. Alle

zwei Wochen können sie nach Entrichtung der Gebühr von 3 Euro ein Essenspaket bekommen.

So wichtig diese Hilfe für die Betroffenen ist, so grausam ist eine Gesellschaft, die solche Zustände schafft. 18.788 Menschen im Landkreis Gießen mussten Ende 2017 von Hartz IV leben, das sind 416 Euro im Monat (für eine Einzelperson). Die Kosten für Miete und Heizung werden übernommen, sofern sie nicht die vorgegebene Höchstgrenze übersteigen. Dann

(Fortsetzung auf Seite 2)

Für Frieden und Sozialismus!



Warum verlangt sinkende Kriminalität nach mehr Polizei?

Die Anzahl der Straftaten in Hessen ist deutlich gesunken; sie ist auf den niedrigsten Stand seit fast 40 Jahren gefallen. Ähnlich ist es in Gießen: weniger Straftaten, bessere Aufklärung – und das bei steigender Einwohnerzahl. Dennoch wird in den Medien ein Schreckensbild von wachsender Kriminalität verbreitet, das die Menschen verunsichert.

Zu welchen Auswüchsen das führt, beweist die FDP. Sie will prüfen lassen will, ob im Seltersweg Sperren angebracht werden können, um eventuellen Attentaten mit Fahrzeugen vorzubeugen. Als ob wir in unmittelbarer Gefahr schweben wird ein Klima erzeugt, das die Ausweitung der Polizei, ihre Bewaffnung und Ausstattung (kugelsichere Westen gehören schon zum Standard) begrüßt und ihr oft brutales Vorgehen (wie beim G20-Gipfel) toleriert. Es werden „mutmaßliche“ Terroristen verhaftet und „mutmaßlich geplante“ Anschläge verhindert, dass man des Lobes voll sein müsste über so viel „Staats-Sicher-

heit“. Dabei sind die, die tatsächlich passiert sind, nicht aufgeklärt. Hinterher waren die Täter alle tot und konnten nicht mehr befragt werden, auch nicht zu ihrer engen Beziehung zum Verfassungsschutz. Deswegen ist im Fall Amri ein Untersuchungsausschuss eingerichtet worden.

Und nebenbei werden die Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten ausgeweitet, Fußfesseln für „Gefährder“ (ein anderes Wort für Verdächtige ohne jeden Beweis) eingeführt, die Zwangseinweisung in die Psychiatrie erleichtert (Bayern) und anderes mehr. Bleibt die Frage: wozu das Ganze? Die Herrschenden müssen sich doch etwas dabei gedacht haben. Bestimmt. Sie wollen darauf vorbereitet sein, wenn die, die jetzt in Armut und Elend leben, dazu keine Lust mehr haben. Wenn sie z.B. nicht einsehen wollen, dass zusätzliche Milliarden für jetzige und künftige Kriege verpulvert werden, während sie mit Hartz IV und Grundsicherung abgespeist werden. Für den Fall, dass alle – und es

Der Gießener Polizeipräsident Paul erklärte das Missverhältnis zwischen gefühlter und tatsächlicher Kriminalität so: „Es ist die Flut der negativen Nachrichten aus allen möglichen Bereichen der modernen Kommunikationstechnik, die stündlich weitergegeben werden, und nicht mit der tatsächlichen Bedrohungslage im direkten Umfeld der Bürgerinnen und Bürger im Einklang steht. Hierdurch werden das Bewusstsein und die Wahrnehmung geschärft, was an sich auch gut ist, jedoch auch zu einer selektiven Wahrnehmung führt.“ (Gießener Anzeiger vom 17.3.2018)

werden immer mehr – gemeinsam beginnen, sich zu wehren soll das Arsenal der Obrigkeit perfekt sein. Schon Friedrich Schiller prophezeite: **Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen.** Erika Beltz

(Fortsetzung von Seite 1)

Zukunft der Tafel

muss die Differenz selbst bezahlt werden und geht von den 416 Euro ab. Angesichts der Wohnungsknappheit kommt das häufig vor. Hinzu kommen die Kürzungen, die von den Jobcentern - im Extremfall auf 0 Euro - bei geringsten Verstößen verhängt werden.

In den Groko-Verhandlungen waren Hartz IV und zunehmende Armut kein Thema. 40% der Bevölkerung geht es heute schlechter als vor 20 Jahren. Unter dieser Bundesregierung wird das so bleiben, oder sich verschlechtern. Für den neuen Arbeitsminister Heil (SPD) ist dieses Armutssystem grundsätzlich in Ordnung. Er will lediglich einige wenige Bestimmungen „prüfen“, z.B. ob die Kosten für den Ersatz einer kaputten Waschmaschine übernommen werden, ob das Schulstartpaket verbessert werden könnte. Auch an den Sanktionen will er prinzipiell nicht rütteln, er will sie lediglich vereinheitlichen.

Kurzum: während Kriegsmilliarden verschleudert werden, müssen die Armen weiter in die Röhre gucken. Die Zukunft der Tafeln ist gesichert.



Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2018 und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Bayern bald ohne Strabs - Hessen kämpft weiter

Die DKP kämpft schon seit Jahren gegen die Straßenausbaubeiträge (Strabs), weil sie u.a. gegen Artikel 137 der Hessische Verfassung verstoßen. Der Widerstand in der Bevölkerung wächst, in den letzten Echo-Ausgaben wurde über Protestaktionen in der Bitzenstraße und Wetzlar-Münchholzhausen berichtet. In Gießen hatte Michael Beltz, Stadtverordneter der Fraktion Gießener Linke, die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beantragt, was von SPD, CDU und Grünen abgelehnt wurde. Im Hessischen Landtag fand am 12. April eine Anhörung zu diesem Thema statt, bei der sich die CDU zurück-

hielt. Die Linke fordert in einem Gesetzentwurf die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Zustimmung signalisiert auch die SPD, die Beträge sollten durch eine Investitionspauschale ersetzt werden. Auch der Sprecher der BI Straßenbeitragsfreies Hessen sprach sich für den Gesetzentwurf der Linken aus. In Bayern hat die CSU-Landtagsfraktion angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen beschlossen, die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2018 abzuschaffen. In vielen Kommunen sind die Straßen durch höhere Mobilität und gestiegenen überörtlichen Durchgangsverkehr

zum Sanierungsfall geworden. Gerade deshalb dürfen den Anwohnern nicht die Kosten aufgebürdet werden. Auch in Hessen wird in diesem Jahr gewählt. Die Landesregierung sollte sich Bayern als Vorbild nehmen und die ungerechten Straßenausbaubeiträge endlich abschaffen. Stattdessen scheint sich die CDU/Grüne Landesregierung darauf verständigt zu haben, lediglich den Zwang zur Erhebung abzuschaffen und die Entscheidung den Kommunen zu überlassen. Auf die Reaktion der SPD - auch in Gießen - darf man gespannt sein. Rainer Grabowski



20. UZ-PRESSEFEST
DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA

CALVIN BAIRO + KAI DROENHARDT
RELAUS DER GEDER + JANE ZAHN
ERICH SCHAFFNER U.V.M.
KLEZMER + PUNK
LIEDERMACHER
BUMBIA + SHA

THEATER + LESUNGEN
BLUMENMARKT + KINDERFEST
BÜCHERMARKT + DISKUSSIONEN
AUSSTELLUNGEN + FILME
GRAPHIKEN VON DIETER LÜWENBÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN

DKP
www.dkp.de

7. - 9. September 2018
Revierpark Wachingen
Dortmund

Alte Post: Stirbt die Hoffnung zuletzt?

Um die Alte Post ist es stiller geworden. Auch nachdem vier weitere Monate vergangen sind, scheint die notwendige Sanierung in weiter Ferne. Titelten die Gießener Tageszeitungen noch Anfang des Jahres „Kaufvertrag unterschrieben“ und offenbarten erst später die Rücktrittsoption, so ist jetzt nur noch von einer „Kaufoption“ die Rede. Eine spätere Mit-Nutzung durch die Stadt bzw. das Mathematikum wird ausgeschlossen. Und ob der „Investor“ tatsächlich bei den vielen Unwägbarkeiten die Sanie-

rungskosten in Höhe von 1,9 Millionen Euro aufbringen will, ist fraglich. Die Stadt Gießen hatte damals unter OB Mutz (SPD) auf ihr Vorkaufsrecht verzichtet und zugelassen, dass dieses denkmalgeschützte Objekt dem Spekulanten Shobeiri in die Hände fiel, genau dem, der bereits das denkmalgeschützte Gebäude „Samenhahn“ gekauft und verfallen lassen hat, bis es abgerissen werden musste. Vor einem Enteignungsverfahren drückt die Stadt sich und man kann nur noch auf ein gutes Ende hoffen.

Berichtigung

In der Bildunterschrift zur Frauentagsdemo in Gießen haben wir leider vergessen, das Internationalistische Bündnis als Mitveranstalter zu nennen. Wir bitten um Entschuldigung!



Messe-Feuerwerk: Mehr Krach, weniger Feuer

Vielen Besuchern der Frühjahrsmesse ist es aufgefallen: Das Feuerwerk war optisch weniger beeindruckend als noch vor einigen Jahren, dafür viel, viel lauter. Die Böller hörte man noch dort, wo vom Ursprung des Krachs nichts zu sehen war, z.B. hinter dem Philosophenwald. Dort verstörte der Lärm die Haustiere – wie haben dann erst die vielen Wildtiere in der Wieseckau reagiert?

Erlebte Rhön-AG: PRIVATISIERUNG LIVE!

Schon vor dem Haupteingang war mir bewusst: Dahinter steuert eine AG (Rhön-Klinikum AG) die Geschicke, Profitmaximierung ist ihr oberstes Ziel. Patienten und Personal sind dafür Mittel zum Zweck. Wie schlimm das konkret aussieht, das war mir nicht klar.

Im März musste ich einen 89-jährigen Patienten mit dem Rollstuhl zur Vorbesprechung bringen.

Die Anmeldestelle ist zentral für etliche Abteilungen eingerichtet. Wegen eines „Fehlers im System“ - bitte warten! Über eine Stunde im vollen Saal! Naja – kann mal passieren!

Dann die Voruntersuchung: Vorher fast eine Stunde warten, denn der Arzt muss zu einem Notfall. Bei der Besprechung wird dem Patienten aufgetragen nach der OP Bescheid zu geben, wer operiert hat. Offensichtlich wurde in diesem Gebäude die Kommunikation noch nicht erfunden, oder die Technik ist wieder einmal gestört.

Am Aufnahmetag für die Operation: Lange Schlange vor dem Ticketautomaten, weil die Papierrolle gewechselt werden muss. Auf der Station weiß niemand Bescheid. Es hatte keine Bettenreservierung stattgefunden. Ein CT-Termin war nicht eingetragen. Man hatte bei der Vorbesprechung vergessen zu erwähnen, dass der 89-Jährige nüchtern in die Klinik kommen soll. Das ist ernüchternd! Mittags wird das CT nachgeholt. Der Patient wird danach in seinem Bett vergessen. Nach einiger Zeit der Ausruf: „Sie sind ja immer noch da?“ Als ob ein Gehbehinderter sein Bett schieben und lustwandeln könnte!

Nachdem er in dieser „komfortablen“ Umgebung eine Nacht verbracht hatte, wird der alte Herr am nächsten Tag wieder nach Hause geschickt. Es sind keine Operationsbetten und Operateure frei. Hinzu kommt noch der chronische Personal-Notstand, der durch die Grippewelle verstärkt wird. Ohne die Personaleinsparungen der

AG wäre diese Situation überbrückbar. Im Gegensatz zu diesen Zuständen ist die Aufnahme in der Station fürsorglich – überall freundliche Worte für den Patienten, Hilfsbereitschaft. Aber man merkt die Arbeitsüberlastung des Pflegepersonals an allen Ecken.

(Name ist der Redaktion bekannt)

Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. (aus: Karl Marx "Das Kapital" Bd. 1, S. 788)

Klinikpersonal: Nur der eigene Kampf hilft

Seit einigen Monaten ist der Reaktionsminister Jens Spahn Gesundheitsminister. In dieser Zeit hat er sich vorwiegend zu sachfremden Themen geäußert. Hartz-IV-Bezieher seien nicht arm, meinte er. In der Diskussion um den §219a sprach er verächtlich von den Frauen, die den Paragraphen abschaffen wollen. Außerdem sagte er, es müsste mehr für Zucht und Ordnung und weniger für Zuwanderer getan werden; alles in allem ist er ganz auf der Linie der AfD. In seinem Fachgebiet fällt ihm nur ein, die Krankenkassenbeiträge sollten gesenkt werden – das wäre ein Milliardengeschenk für die Unternehmer, die dann einen geringeren Beitragsanteil zahlen müssten. Den Mangel an ausgebildetem Pflegepersonal will er durch Abwerbung in anderen Ländern beheben – die Ausbildung sollen also andere bezahlen. Dabei wäre es vor allem nötig, die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen hierzulande zu verbessern. Es wäre schon viel besser, wenn ausgebildete Pflegekräfte länger in Vollzeit blieben und nicht wegen der ständigen Überlastung vorzeitig aufgaben. In seinem Ministerium



hätte Spahn genug zu tun – wenn er sich für das Wohl der Patienten und der Beschäftigten in Krankenhäusern und Heimen interessieren würde. Ein verbindlicher Personalschlüssel müsste eingeführt werden, das irrsinnige System der Vergütung nach Fallpauschalen müsste geändert werden. Welche Sumpflüden dieses System treibt, wurde jetzt von einer privatisierten Klinik in Hamburg bekannt. Dort wurde den Ärzten im Herzzentrum vom Kaufmännischen Leiter vorgege-

ben, wie viele Herzkatheter sie jeden Tag legen müssen, bei Fehlzahlen gab es Gehaltsabzug. Also nicht die Diagnose, sondern der Profit entscheidet über die Therapie. Von diesem Gesundheitsminister ist nur Schlechtes zu erwarten. Das Pflegepersonal in Kliniken und Heimen kann nur durch eigenen Kampf dafür sorgen, dass die Situation für sie und die Patienten besser wird – und alle anderen können sie solidarisch unterstützen.

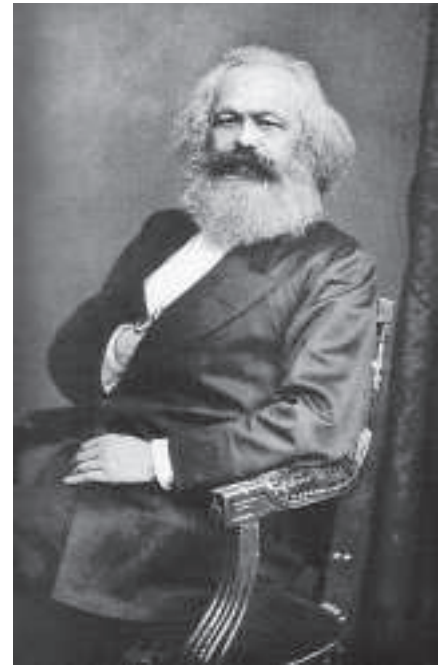
Gernot Linhart

Karl Marx (1818 – 2018)

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier geboren. Da wird es auch im kapitalistischen Deutschland manche Ehrung geben. Nicht gerade so wie bei Luther, der uns im vergangenen Jahr als Schokoladenmännchen und Fernsehstar unentrinnbar begleitete, aber die eine oder andere Meldung ist Marx doch wert. Nun stand Luther ja auch ganz am Anfang der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands, glaubte an Hexen und predigte Gewalt gegen Juden und aufrührerische Bauern, während Marx die inneren Bewegungsgesetze des Kapitalismus aufdeckte und dessen gesetzmäßigen Niedergang prophezeite. So kommt er in Zeiten der kapitalistischen Krise wie 2008 ins herrschende Gedächtnis zurück. Aber zur Zeit, wo zumindest in Deutschland die herrschende Gesellschaft sich recht sicher fühlt, sind die Marx'schen Erkenntnisse nicht gefragt und man könnte meinen, das Leben von Marx bestünde vor allem aus unterhaltsamen Episoden und Anekdoten. Seine geschichtliche Leistung besteht vor allem darin, aufgezeigt zu haben, dass der Kapitalismus auf Ausbeutung der Arbeitenden beruht, wie hoch oder niedrig auch deren Bezahlung ist. Ohne die Ausbeutung wäre es nicht erklär-

lich, woher überhaupt der Mehrwert der Kapitalistenklasse kommt. Dieses Gesetz wäre auch dann nicht aus der Welt zu schaffen, wenn die Kapitalisten weniger gierig wären. Und dieser Profitmechanismus stößt im Fortgang der kapitalistischen Entwicklung an seine Grenzen, wenn immer mehr Arbeitende durch Maschinen ersetzt werden, denn eine Maschine kann nicht mehr Wert erzeugen als sie selbst besitzt. Solche Wahrheiten sind den Herrschenden zutiefst zuwider und für diese kein Grund zum Feiern.

Wie schwach sind dahingegen die Aussagen der Vertreter der Kapitalinteressen etwa zur Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008. Damals veranstaltete die Universität Gießen eine sehr gut besuchte Vorlesungsreihe mit hochrangigen auswärtigen Gastprofessoren zu den Lehren aus dem Krisengeschehen. Diese Ökonomen sahen vor allem moralisches Versagen der Wirtschaftsführung. Und sie wussten: Die nächste Krise kommt bestimmt. Da haben sie allerdings recht. Nun hat der Kapitalismus im Laufe der Zeit einige Instrumente gewonnen, welche Krisenfolgen mildern können. Nur werden diese von Fall zu



Fall immer mehr aufgebraucht und somit wirkungsloser. 2008 wurden Billionen in den Wirtschaftskreislauf gepumpt. Diese Staatsschulden wurden dann keineswegs zurückgezahlt und bestehen heute erhöht fort. Die nächste Krise kommt bestimmt. Die Mittel zu ihrer Bekämpfung sind weitgehend verbraucht. Die Gesetze des Kapitalismus, die Karl Marx entdeckte, wirken fort. Auf ehrliche Feiern zu seinem Geburtstag von Seiten des Kapitals kann er nicht hoffen.

Klaus Mewes

Kapitalisten entlarven sich selbst - als Verbrecher

Der bisherige Vorstandsvorsitzende des VW-Konzerns, Matthias Müller, hat seine extrem hohe Vergütung (10 Millionen Euro im Jahr) und die anderer Konzernchefs damit begründet, dass man in so einer Position immer mit einem Bein im Gefängnis stünde. Wegen geschäftlicher Entscheidungen kommt niemand ins Gefängnis, auch wenn dadurch tausende Menschen arbeitslos werden. Zu Gefängnis verurteilt wird, wer schwere Straftaten, die auch Verbrechen genannt werden, begangen hat.

Müller gibt also öffentlich zu, dass zum Aufgabenbereich von Konzernvorständen das Begehen von Verbrechen gehört. Alle, die eine andere Gesellschaftsordnung wollen, wissen das schon lange, schon bei Karl Marx sind entsprechende Zitate zu finden. Dass die Kapitalisten sowas aber selbst zugeben ist selten. Der neue Vorstandsvorsitzende der Deutschen

Bank, Christian Sewing, hat bei seinem Amtsantritt gesagt, die ihm unterstehenden Bankster müssten wieder die alte Jägermentalität entwickeln, solide zu sein reiche nicht als Anspruch der Bank. Für seriöse Geschäfte braucht niemand einen Jagd-

instinkt, sondern Sachverstand und Durchblick.

Mit dieser Mentalität bleibt die Deutsche Bank eine der gefährlichsten Banken der Welt. Aber was solls, wenn etwas schief geht, bezahlt wieder der Steuerzahler. Gernot Linhart



50 Jahre DKP: Geschichte der DKP Gießen (Teil 2)

Mitte der 70er Jahre ging es richtig aufwärts mit der DKP. Die Hochschulgruppe wurde gegründet, es entstanden die Wohngebietsgruppen Nord/Wieseck (Vors.: Christa Momberger), Mitte/Ost (Mario Berger), Süd (Walter Schäfer) und West (Hannelore Viehmann) und etwas später Süd/Land (Heide Appel). Schon bald hatte sich die Postgruppe (Egon Momberger) gegründet, dann die Klinikgruppe (Michael Forßbohm, Wilfried Bieniek) und die Sammelbetriebsgruppe Metall (Theo Rüsper, Gundhart Sommer). Das schlug sich auch in der Öffentlichkeitsarbeit nieder. Neben dem Gießener Echo entstand der „Rote Fernmelder“, die „konsequent“ (für die Uni), das Klinik-Echo und der „Rote Anker“ (für Buderus) - und die Fastnachts-Zeitung der „Wahre Jakob“, die seit 1974 mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren vor dem Faschingszug verteilt wurde, bis... ja, bis 1981 ein hauptamtlicher Genosse Zensur ausübte. Im Selbstverständnis, auch sich selbst auf die Schippe zu nehmen, hatten wir die Neueröffnung eines polnischen Restaurants in Gießen vorgestellt. Dort konnte man neben Danziger Goldwasser auch hartgesottene Krakauer verzehren – zu den Klängen des Warschauer Streik-Orchesters. Dieser Beitrag wurde – ohne Rücksprache - gestrichen. Aber auch wir zogen unsere Konsequenz – dies war unser letzter „Wahre Jakob“. Eigentlich schade.

Aber unserer Massenarbeit tat dies keinen Abbruch. Die Wohngebietsgruppen veranstalteten Kinderfeste, im Nordviertel fand jährlich das Fußballturnier der DKP, ausgerichtet von Helmut Appel, statt und seit 1971

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortl.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

**Redaktionsschluss für
Juni-Echo: Mi., 23. Mai**



Fußballmannschaft der DKP

führte die DKP – als einzige Organisation – eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag durch und verteilte an die Kolleginnen rote Nelken.

Unsere örtlichen Schwerpunkte waren der soziale Wohnungsbau und die kommunalen Preise (Nahverkehr, Gas...), Bereiche, die damals noch nicht privatisiert waren. Jede Veränderung musste im Parlament öffentlich diskutiert und von den gewählten Stadtverordneten beschlossen werden. Niemand konnte sich hinter den „Sachzwängen“ einer AG oder GmbH verstecken.

1977 kam dann die „Lahnstadt“, der zwangsweise Zusammenschluss von Gießen, Wetzlar und weiteren 14 Gemeinden zu einer Stadt. Einer der schärfsten Gegner war die DKP, vor allem auch wegen dem damit verbundenen Abbau demokratischer Rechte und von Einflussmöglichkeiten. 1979 wurde sie wieder aufgelöst; bei den anschließenden Neuwahlen zum Gießener Stadtparlament kandidierten für die DKP: Michael Beltz, Ria Deeg, Gernot Linhart, Helmut Appel, Anton Kaiser, Heide Appel, Axel Brück, Otto Rösser, Brigitte Forßbohm, Reinhard Hamel, Alex Walldorf, Detlef Scha-

der, Hans Becker, Erika Beltz, Egon Momberger, Claus Ladach, Hartmut Berg, Hans Bord, Martin Schmidt.

1979 war auch das Jahr, in dem erstmals am 11. November ein Mahngang zum Gedenken an die Opfer der faschistischen Reichspogromnacht stattfand - organisiert von der VVN.

In dieser Zeit kam es zu einem Aufschwung der Friedensbewegung. Die Pläne des SPD-Kanzlers Helmut Schmidt zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen wurden mit dem Krefelder Appell beantwortet.

Auf der Kreisdelegiertenkonferenz der DKP Gießen 1981 kandidierte Michael Beltz – nach 10 Jahren – nicht mehr zum Kreisvorsitz; zu seinem Nachfolger wurde Axel Brück gewählt. Ein Beschluss der Konferenz lautete: wir sammeln 5.000 Unterschriften unter den Krefelder Appell. E. u. M. Beltz

Ende der 70er Jahre wollte Walter Wallmann, MdB der CDU, im großen Saal des Martinshofs in Gießen eine Wahlveranstaltung abhalten. Das wollten wir nicht so durchgehen lassen. Wie verabredet waren DKP-Mitglieder und -Sympathisanten frühzeitig zur Stelle und besetzten den Raum, so dass für die CDU-Anhänger nur die Randplätze und die Empore übrig blieben. Nach Wallmanns Rede sprach als erster Michael Beltz unter Beifall zur Diskussion mit klaren Worten und forderte dazu auf, den Saal zu verlassen. Wie vereinbart taten wir das alle, schmetterten draußen noch die Internationale und gingen frohgemut auseinander. Drinnen wurde die Veranstaltung umgehend beendet.



DKP-Kandidaten zum Parlament der Lahnstadt

Die 68er Bewegung – heute so notwendig wie damals

Der 50. Jahrestag der 68er-Bewegung ist großes Medienereignis. Dabei stehen vor allem die Randerscheinungen wie „freie Liebe“, lange Haare und Flower-Power im Mittelpunkt; die politisch relevanten Hintergründe werden allenfalls nebenbei erwähnt.

Notstand der Demokratie

Im Mai 1968 wurden die Notstandsgesetze verabschiedet, obwohl eine große demokratische Bewegung aus Gewerkschaftern, Kommunisten und Sozialdemokraten dagegen jahrelang gekämpft hatten. Dieser Freibrief gibt der Bundesregierung das Recht, jederzeit den „Notstand“ auszurufen, das heißt u. a. die Grundrechte aufzuheben und die Menschen dienstzuverpflichten. Sie wurden übrigens mit den Stimmen der SPD beschlossen, die vorher die Antinotstandskampagne unterstützte und die damit – wie im Falle der Remilitarisierung – sich den Herrschenden zu Diensten und gegen ihre eigenen Mitglieder stellte. Die in den letzten Jahren vorgeblich zum Schutz gegen den „Terror“ erlassenen

„Sicherheitsgesetze“ haben die Notstandsgesetze und Repressionsinstrumente ausgebaut.

Dies geschah einen Monat nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, dem Ergebnis einer beispiellosen Hetze der Medien, insbesondere der Bild-Zeitung, gegen alles was „links“ ist.

Enteignet Springer

Mit der Forderung „Enteignet Springer“ fand eine große Protestwelle statt, die in der Blockade der Bild-Druckereien in Berlin, Hamburg, Köln, München und Frankfurt mündete.

Diese Forderung ist hochaktuell: mit ihren Berichten über den jüngsten Angriff von USA, England und Frankreich gegen Syrien missbraucht der Springerkonzern sowohl die Pressefreiheit als auch seine wirtschaftliche Macht, die Voraussetzungen zur Enteignung nach Artikel 14 Grundgesetz. Am 14.4.2018 titelte Bild: „Warum drückt sich Deutschland vor der Drecksarbeit?“, fordert eigene Kampfeinsätze der BRD, die Bombardierung Assads und die Beseitigung des

„Monsters“. Dieser Angriff wurde gerade vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestags als völkerrechtswidrig erklärt – und von Merkel logistisch unterstützt und begrüßt.

Amis raus aus Vietnam

Auch dem Krieg der USA gegen Vietnam galten die Protestaktionen der 68er, einem Krieg, der mit Napalmbomben die Menschen wahllos tötete und Teile des Landes unbewohnbar machte.

Es wurde nicht nur demonstriert, sondern konkrete Solidarität geübt, Geld für den Vietcong gesammelt und desertierenden US-Soldaten bei ihrer Flucht nach Schweden geholfen. Dieser Krieg endete 1975 mit einer Niederlage für die USA.

Seither mordet der US-Imperialismus mit seinen Verbündeten weiter: in Afghanistan, Irak, Libyen und in Syrien, wobei ihm hier erstmals wieder eine Niederlage bevorstehen könnte, wenn er nicht einen dritten Weltkrieg anzettelt – der keinen Gewinner haben wird.

Michael Beltz

Kuba hat einen neuen Präsidenten: Miguel Diaz-Canel

Der neue Präsident Kubas heißt Miguel Díaz-Canel Bermúdez. 603 der 604 Abgeordneten der Nationalversammlung gaben ihm die Stimme. Damit hat das kubanische Parlament den Generationswechsel an der Staatsspitze vollzogen: Díaz-Canel feierte gerade seinen 58. Geburtstag.

Die Rolle des stellvertretenden Staatschefs übernimmt Salvador Valdés Mesa. Der 72jährige Agraringenieur, der sich vor allem als Chef des kubanischen Gewerkschaftsbundes CTC einen Namen gemacht hat, bekam die Stimmen aller 604 Abgeordneten.

So bleiben die beiden höchsten Staatsämter zwar in Männerhand, dahinter aber hat die Präsenz der kubanischen Frauen merklich zugenommen: Kuba hat künftig drei Vizepräsidentinnen – neben zwei Männern in dieser Funktion. Und die Hälfte der weiteren Mitglieder des Staatsrates ist ebenfalls weiblich; 53,2% der im März gewählten neuen Abgeordneten sind Frauen.

„Die seit 1959 fortdauernde Kubanische Revolution stellt mit der Übergabe der Präsidentschaft wieder einmal ihre Fähigkeit unter Beweis, sich selbst zu aktualisieren,“ kommentiert die Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Petra Wegener. Dabei werde die Grundausrichtung nicht aufgegeben, ein alternatives Gesellschaftsmodell weiterzuentwickeln, dessen Entwicklung in Kuba selbst bestimmt wird. Und es erweist sich, dass die politische Stabilität Kubas keinesfalls, wie oft fälschlicherweise angenommen, auf die Macht und die Autorität von Einzelpersonen zurückgeht.

Solidaritäts-Vernissage für Kuba erbrachte 1200 Euro



von links: P. Wegener, M. Lennartz, H. M. Kirstein

Am 13. April fand im Bistro „Da Vinci“ im Neuenweg eine Vernissage von Martina Lennartz zu Gunsten des Krankenhauses „Miguel Enriques“ in der kubanischen Hauptstadt Havanna statt. Über 70 Interessierte nahmen teil, es wurden Bilder verkauft und versteigert. Das Motto „Kuba“ war überall sichtbar, neben kubanischer Musik gab es kubanische Speisen und Cocktails. Petra Wegener, Vorsitzende der FG BRD-Kuba, schaffte es durch einen Vortrag und ihre beherzte Art und Weise zu versteigern, dass bisher eine stolze Summe von 1200 Euro zustande kam. Der bekannte Gießener Künstler Hans Michael Kirstein beschrieb in seiner Laudatio die Kunstwerke mit seiner bekannten unterhaltsamen Wortgewandtheit. Das Geld wird am 21.6. der Vertreterin der kubanischen Botschaft Lisset Gonzales übergeben (s.S.8). Bis dahin sind die Bilder ausgestellt und können erworben werden.

Wetzlar

Informations- und Diskussionsabend

Mittwoch, 9. Mai, 19 Uhr, Nachbarschaftszentrum Westend

Referenten und Diskussionspartner:

Willi van Ooyen ("Abrüsten statt aufrüsten") und

Björn Schmidt (Leiter d. DKP-Friedenskommission)

Veranstalter: DKP Lahn-Dill, Partei Die Linke Lahn-Dill, Wetzlarer Friedenstreff

Marburg

Konservative Weltfriedensmacht - geht das?

Ein marxistischer Blick auf Putins Russland

Referent: **Reinhard Lauterbach**, Historiker und Slawist

Dienstag, 15. Mai, 20 Uhr, Bahnhofstr. 6, Käte-Dinnebier-Saal

Veranstalter: DGB Mittelhessen, DKP Marburg, SDAJ Marburg-Gießen

Europäischer Widerstand gegen den Faschismus

Ausstellung und Veranstaltung mit **Ulrich Schneider**, Generalsekretär der internationalen Föderation der Widerstandskämpfer

am Dienstag, dem 15. Mai, im DGB-Haus, Veranstalter: DGB Mittelhessen

vormerken: Soli-Feier für Kuba

am Donnerstag, dem 21. Juni, ab 19 Uhr, im DGB-Dachsaal

Es spricht: **Lisset Gonzalez, kubanische Botschaft**

Außerdem Musik, Cuba Libre und Mojito, Infostände...

Eine Veranstaltung von DKP und SDAJ Gießen

Erklärung der DKP zum erneuten Überfall auf Syrien

Der Angriff der drei imperialistischen Groß- und Atommächte auf den bereits stark durch Krieg und Bürgerkrieg zerstörten souveränen Staat und UN-Mitglied Syrien ist ein krasser Bruch des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen. Das waren keinesfalls „chirurgisch saubere und begrenzte Schläge“ gegen Giftgaslager. Das war eine Aggression mit noch längst nicht absehbaren Folgen für die Sicherheit auch in Europa.

Denn es geht nicht um den „Schutz von Zivilpersonen“ in Syrien, es geht auch nicht um eine „begrenzte Strafaktion gegen einen Diktator“. Den imperialistischen Großmächten, voran die USA, die NATO-Staaten, die EU und mit in vorderer Reihe auch die deutsche Bundesregierung, geht es um die „strategische Neuordnung“ des Nahen Ostens nach dem Modell der Zerschlagung Jugoslawiens in den 90er Jahren durch NATO und BRD. Solange Syrien seinen nicht an den „Interessen des Westens“ und seiner

Ölkonzerne und Großbanken gebundenen relativ autonomen Kurs verfolgt, so lange hat dieser letzte laizistische Staat der Region in den Augen der imperialistischen Mächte kein Existenzrecht.

Der Überfall erfolgte nur wenige Stunden, bevor die Experten der Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen (OPCW) ihre Ermittlungsarbeit vor Ort beginnen konnten. Kurz vor dem Überfall hatte sogar noch US-Verteidigungsminister Mattis eingeräumt, dass „endgültige Beweise für den angeblichen Chemiewaffeneinsatz erst noch weiter gesucht würden“. Es gab und gibt keine Beweise dafür, dass die syrische Regierung irgendetwas mit einem Einsatz von Chlorgas gegen „Kinder und Zivilisten“ zu tun gehabt hätte. Ebenso wenig wie in der seit Wochen laufenden Schmutzkampagne um den mit „sowjetischem Super-Kampfstoff“ attackierten ehe-

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

DKP-Termine

MV am Dienstag, 22. Mai, um 19 Uhr, im PDL-Büro am Marktplatz

Info-Stand Samstag, 2. Juni, ab 10 Uhr im Seltersweg



news.dkp.de

www.dkp-hessen.de

www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook

Wenn einer auf die Straße strullt, dann sind daran die Russen schuld.
(Alte deutsche Volksweisheit)

news.dkp.suhail.uberspace.de/2018/04/dkp-schluss-mit-der-aggression/